

ANTRÄGE

A

**ANTRÄGE DES
CDU-KREISVORSTANDES**

ANTRAG A1

ANTRAGSTELLER: CDU-Kreisvorstand

Berlin in Gelsenkirchen – Fatalen Auswirkungen der „Ampelpolitik“ vor Ort entgegenzutreten!

Bei der Bundestagswahl 2021 erhielt eine Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP eine Mehrheit im Bundestag. Die anschließenden Koalitionsverhandlungen setzten nicht nur klimapolitische Schwerpunkte: Auch im Bereich der Wirtschaftspolitik, der Digitalisierung und der Sozialpolitik wurden weitreichende gesellschaftliche Änderungen angestrebt und in einen Koalitionsvertrag gegossen.

Nach nunmehr fast zwei Jahren Ampelpolitik kommen die ersten Auswirkungen der geplanten, gesellschaftsveränderten Projekte auch in Gelsenkirchen an. Diese politische Weichenstellung hat auch Auswirkungen auf die politische, wirtschaftliche und soziale Lage vor Ort. Dabei ist klar: Die Berliner Politik hat ganz offensichtlich kein Auge für die Bedürfnisse und Probleme der Gelsenkircenerinnen und Gelsenkircener, für das Ruhrgebiet und insbesondere für Gelsenkirchen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen unsere Stadt und die berechtigten Anliegen und Nöte unserer Kommune zukünftig wieder Gehör finden und wir durch fatale Entscheidungen der Ampelregierung nicht weiter abgehängt werden.

Als Oppositionspartei im Bundestag steht die CDU Deutschlands daher vor einer besonderen Herausforderung und ist auf eine gute politische Arbeit und Expertise vor Ort angewiesen. Daher ist die kritische Auseinandersetzung mit der Gesetzesentwicklung auch Aufgabe der CDU Gelsenkirchen. Der Kreisparteitag stellt daher fest:

1. Kindergrundsicherung – Gelsenkirchen und Kinderarmut

Gelsenkirchen gehört zu den Städten mit der höchsten Kinderarmutsquote. Diese zu bekämpfen ist eine der vordringlichsten Aufgaben der Politik in Berlin und mit Unterstützung aus Berlin auch in Gelsenkirchen. Um dies zu tun, hat die Bundesregierung beschlossen das Kindergeld im Jahr 2025 durch die Kindergrundsicherung zu ersetzen. Diese soll vor allem einkommensschwachen Familien zugutekommen und bisherige Sozialleistungen für Familien, wie den Kinderzuschlag, bündeln. Hierzu wird ein Betrag von etwa zwölf Milliarden Euro benötigt. Zur teilweisen Finanzierung des Vorhabens soll beispielsweise der Kinderfreibetrag der Einkommensteuer abgeschafft werden.

Dabei steht fest: Der Nutzen einer solchen Kindergrundsicherung ist für sämtliche Gelsenkircener Haushalte ausschließlich finanzieller Natur. Diese Unterstützung lässt jegliche Form von Nachhaltigkeit vermissen und sieht sozialpolitische Probleme mit rein fiskalischer Brille, ohne die besonderen Herausforderungen und Problemlagen der Kinder anzuerkennen. Die Frage wie sichergestellt werden soll, dass das Geld für die Kinder verwendet wird, lässt die Bundesregierung in Gänze offen. Die CDU fordert: Finanzmittel in dieser Höhe müssen in Bildungseinrichtungen fließen, um Chancengleichheit für Kinder aus sozialschwächeren Familien zu ermöglichen. Weitere finanzielle Mittel, die wie vergangene Maßnahmen zweifelsfrei gezeigt haben, nur zu einem geringen Anteil wirklich bei den Kindern ankommen, lösen kein Problem.

Darüber hinaus ist die Finanzierung der Kindergrundsicherung überaus fraglich. Finanzieller Mehraufwand bei den Sozialleistungen für die Kommunen, wie beispielsweise bei den Kosten der Unterkunft, darf keinesfalls entstehen, um finanzschwache Kommunen wie Gelsenkirchen nicht weiter zu belasten. Wir setzen uns daher für Maßnahmen ein, die die Strukturen vor Ort fördern, um der Kinderarmut entgegenzutreten.

2. Heizen in Zeiten des Klimaschutzes

In Zeiten des Klimaschutzes wird kaum eine Frage so kontrovers diskutiert wie die Nutzung von Heizungen, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden. Ein erster Vorstoß der Ampelregierung sah vor, dass funktionierende Heizungen durch Wärmepumpen ersetzt werden müssen. Nachdem dieser Entwurf zu Recht auf massive Kritik stieß, ist derzeit geplant, eine Verpflichtung zum Einbau von Wärmepumpen bei Neubauten festzulegen. Auch sollen diese eingebaut werden, wenn die aktuelle Heizung nicht mehr funktioniert und repariert werden müsste.

Die Ampelregierung verkennet die sozialen Auswirkungen dieser Maßnahmen vollständig: Der Zwangseinbau neuer Heizungen führt zu nicht tragbaren Belastungen auf unterschiedliche Art und Weise: Gerade ältere Menschen mit Wohneigentum, die ihre Wohnung oder ihr kleines Häuschen als Teil ihrer Altersvorsorge lange erspart haben, werden aus fragwürdigen Motiven und mit einer fragwürdigen Umweltbilanz in die Notwendigkeit versetzt, neue Belastungen aufzunehmen. Es zeigt auch: Diese Regierung achtet das Eigentum und die Eigenverantwortung der Menschen nicht – sie setzt auf Bevormundung und Zwang als Mittel der gesellschaftlichen Umwälzung.

Gleichsam trifft die Maßnahme aber auch jeden Mieter: Wohnen wird mit den Maßnahmen massiv teurer und trifft damit vor allem die arbeitende Mittelschicht und kleinere Einkommen, die schon heute einen erheblichen Anteil ihrer Einkünfte für Wohnen aufwenden müssen.

Wir als CDU stehen dem diametral entgegen: Die individuelle Auswahl der passenden Technologie obliegt dem Eigentümer – die Bundesregierung hat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen für ein klimaneutrales Deutschland zu schaffen, indem sich die Eigenverantwortung und die Entscheidung des Einzelnen – hier: Eigentümers oder Vermieters – an den Gegebenheiten des Marktes orientiert. Während andere Länder daher auf niedrige Energie- und insbesondere Stromkosten setzen, weigert sich die Bundesregierung, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Stattdessen wird im Land mit den höchsten Stromkosten der Welt der Wechsel auf Stromheizungen forciert – und somit Wohlstand vernichtet. Wie eine regierungsbeteiligte Partei, die im Namen das Soziale trägt, solche vollständig sozial unverträglichen Maßnahmen mittragen kann, ist für uns unverständlich.

3. Wirtschaft & Arbeit

Bei keinem Thema ist sich die aktuelle Regierung so uneinig wie beim Thema Wirtschaft. Während Wirtschaftsvertreter Alarm schlagen und darauf hinweisen, dass gerade der Mittelstand an bürokratischen Prozessen zu ersticken droht und der Fachkräftemangel an vielen Stellen immer deutlicher spürbar wird, wird in Berlin nur noch darauf geachtet, die Wirtschaft und die Industrie klimaneutral auszurichten. Dabei geraten immer mehr Betriebe und Unternehmen an ihre Belastungsgrenzen. Initiativen, wie der Gelsenkirchener Klimahafen, werden von der Bundesregierung nur bei Fototerminen gerne unterstützt, in der Realität aber im Dschungel der Gesetzesvorlagen vollständig ignoriert.

Diese schwierigen Bedingungen spiegeln sich daher auch in der wirtschaftlichen Lage hier vor Ort wider. Gelsenkirchen hat als Stärkungspaktkommune kaum Geld für Investitionen oder für die Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen für Unternehmen. Die verbliebenen Fachkräfte wandern daher in umliegende Regionen oder in umliegende Städte ab.

Dabei fehlen Gelsenkirchen vor Ort die finanziellen Ressourcen, um selbst gegenzusteuern: Auf kommunaler Ebene wurden hierbei in den letzten Jahren zwar klare Fortschritte erzielt, die entsprechenden Impulse für Revitalisierung alter Industriebrachen, Ausbauinitiativen für Infrastruktur insbesondere für Strom und Wasserstoff oder Unterstützung und Erneuerung der Innenstädte lassen sich rein aus kommunaler Sicht ohne Unterstützung nicht stemmen. Umso

88 fataler ist, dass die Bundesregierung um Bundeskanzler Olaf Scholz das Versprechen an die
89 kommunale Familie bricht, eine Lösung für die drückenden Altschulden zu finden, die in Zeiten
90 steigender Zinsen immer stärkere Auswirkungen erhalten. Wir werden uns weiterhin dafür stark
91 machen, strukturschwächere Regionen und im Besonderen das Ruhrgebiet stärker in den Fokus der
92 politischen Arbeit zu rücken und regionale Belange bei der Gesetzgebung mitzudenken und
93 zukunftsfest aufzustellen.

ANTRAG A2

ANTRAGSTELLER: CDU-Kreisvorstand

1 Unsere Innenstädte stärken – Campus Bildung, Innovation, Technologie und Sport realisieren!

Die meisten Innenstädte in unserem Land stehen vor enormen Herausforderungen. Zwar hat die Corona-Pandemie einen großen Anteil dazu beigetragen, aber auch davor war die verstärkte Entwicklung bereits sichtbar und Gegenstand der Debatte. Steigende Lebenshaltungskosten, Inflation, steigende Zinsen und damit einhergehende Konsumzurückhaltung haben seit dem letzten Jahr die Situation noch einmal verschärft. Eine hohe Fluktuation auf den Einkaufsmeilen in Buer und der Altstadt prägen das Bild unserer Stadt. Zunehmende Leerstände tun sich auf und können trotz intensiver Bemühungen der Wirtschaftsförderung sowie Politik nicht zeitnah und vor allem nicht in ausreichendem Maß mit nachhaltigen Nachfolgenutzungen versehen werden. Zusätzlich müssen wir die Schließung von Standorten großer Ketten und Frequenzbringer wie Saturn, Galeria Kaufhof und Primark mit dem dann folgenden Leerstand von erheblichen Verkaufsflächen verkraften. Das ist schmerzlich und erfordert eine enorme Kraftanstrengung sowie ergebnisoffenes Denken in Bezug auf die Nachfolgenutzung.

Wir sind uns bewusst, dass eine belebte und funktionierende Innenstadt mit umfangreichen Angeboten von enormer Bedeutung für die Attraktivität einer Stadt sowie auch Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung hat. Es ist daher erforderlich, eine Innenstadtentwicklung voranzutreiben, die bestehende Probleme löst sowie dynamisch aufgestellt ist, um auf neue Entwicklungen zeitnah zu reagieren.

Zusätzlich mussten wir vor wenigen Wochen mit dem endgültigen Wegzug der Hochschule für Polizei und Verwaltung (HSPV) eine weitere schlechte Nachricht zur Kenntnis nehmen – die erhoffte Ansiedlung am nördlichen Kopf der Gelsenkirchener Altstadt und damit eine willkommene Nutzung der Fläche und auch qualitativ hochwertige Frequenzsteigerung für unseren Innenstadtbereich werden sich nicht wie geplant realisieren lassen.

Um den stattfindenden und sich weiter abzeichnenden Entwicklungen entgegenzutreten, werden wir uns an folgenden Leitlinien orientieren:

1. Für den Potentialstandort des ehemaligen Zentralbades am nördlichen Kopf der Gelsenkirchener Altstadt setzen wir auf eine breit angelegte, integrierte Lösung unter Beteiligung vielfältiger Gelsenkirchener Stakeholder zur Stärkung des Gesamtgebietes Altstadt. Eine singuläre Nutzung kommt für uns nicht in Betracht. Eine zukunfts feste Lösung bedeutet für uns die Realisierung eines neuen **Campus für Bildung, Innovation, Technologie und Sport (BITS)**:
 - a. Die Realisierung eines neuen Zentralbades auf der Fläche der ehemaligen Polizeiinspektion Süd, um auch zukünftig für den Leistungs- und Schulschwimmsport eine zentrale und moderne Sportstätte zu bieten, die den alten Namen „Zentralbad“ zurecht erben bzw. ersetzen kann.
 - b. Wir denken die heutigen Frei- und Potentialflächen in unmittelbarer Nähe, die Flächen der stark renovierungsbedürftigen Berufskollegs, die Flächen der heutigen

VHS und die Gesundheitsthemen in der Innenstadt samt zugehöriger Potentialflächen mit.

- c. Wir denken die Themen Innovation und Technologie mit und wollen eine Innovationsgemeinschaft mit Unternehmen, Wissenschaft und Bildung: Im neuen Gesamtensemble müssen Flächen für Start-Ups und Unternehmen einen Mittelpunkt einnehmen, der zusammen mit dem Wissenschaftspark am südlichen Ende der Altstadt zukünftig eine Achse bilden kann, den bestehenden Nachfrageüberhang bei Unternehmens-, Büro- und Start-Up-Flächen mildert und mit der Innenstadt/Bahnhofstraße in der Mitte einen wichtigen Beitrag zur Belebung, Ertüchtigung und Nachnutzung von nicht mehr genutzten Bestandsflächen haben wird.
- d. Zusammen mit dem neuen Gelsenkirchener Zentralbad ist das neue Ensemble auch prädestinierte Heimat für jede Weiterentwicklung der Gelsenkirchener Sportverwaltung.
- e. Wir sehen Synergiepotentiale für das neue BITS auch mit notwendigen kommunalen Investitionen: Ein neues, modernes, kommunales Rechenzentrum mit modernen und marktgerechten IT-Arbeitsplätzen auch für die kommunale Verwaltung könnte als Herzstück auch Anziehungskraft für den Standort entwickeln und bestehende Unternehmen wie Start-Ups binden.
- f. Die Integration der Berufskollegs für den Bildungsteil des neuen BITS, mit direkter Anbindung an Unternehmen und Flächen für die persönliche unternehmerische Entwicklung denken wir im Gesamtensemble mit und sehen insbesondere für den berufsbildenden Teil der Berufskollegs eine erhebliche Stärkung bei konsequenter Umsetzung des Campus-Gedankens über die perspektivischen Gebäude des neuen Standorts.
- g. Die Integration bspw. der heutigen VHS, aber auch der Gesundheitsthemen schafft Standort-Potentiale für weitere Teile der Gelsenkirchener Altstadt: Wir wollen hier neben bedarfsgerechtem Wohnen für junge Menschen und insbesondere Studenten und Schüler auch das dringend notwendige Angebot für hochwertiges Wohnen in der Gelsenkirchener Altstadt schaffen.

- 2. Zur Belebung der Innenstädte und Revitalisierung der Ortskerne werden nachhaltige Konzepte benötigt, die Wohnen, Gewerbeangebote und Erreichbarkeit miteinander verbinden. Wir sehen unsere Innenstädte sowohl als Wohn- als auch als Einkaufs- und Arbeitsstandort mit allen jeweiligen Anforderungen.
- 3. Wir setzen in unseren Innenstädten zur Stärkung der Aufenthaltsqualität auf eine Belebung der Plätze und eine Stärkung der Gastronomie. Gleichzeitig wollen wir – wie bei der Umfahrung Buer – gezielt die Verkehre reduzieren, deren Ziel nicht primär die Innenstadt ist. Dabei gilt: Unsere Innenstädte müssen für Besucher erreichbar sein! Ansätze wie eine „autofreie Innenstadt“ sind kontraproduktiv und besiegeln den Niedergang!
- 4. Wir erkennen die Realität an: Der Einzelhandel in Innenstadtbereichen wird zunehmend auf kleinere Flächen setzen. Große, teils mehrstöckige Verkaufsflächen, sind auf absehbare

Zeit nur in geringem Umfang marktgängig. Für diese Immobilien an unseren Einkaufsstraßen, die leer stehen oder von einem Leerstand bedroht ist, wird sich zeitnah mit hoher Wahrscheinlichkeit kein großer Ankermieter mehr finden, der das komplette Gebäude mit Einzelhandel betreiben kann. Deshalb setzen wir in engem Austausch mit den Eigentümern auf neue Konzepte, die eine Einzelhandelsnutzung beispielsweise mit Büroflächen, Ärzthäusern, urbaner Produktion und Wohnen verbindet und dem Mangel an Flächen an anderer Stelle so entgegentritt.

5. Wir werden weiter daran arbeiten, die Attraktivität unserer Zentren zu stärken! Erreichbarkeit, Sauberkeit und Parken gehören genauso dazu, wie der Umgang mit Genehmigungen. Insbesondere bei Märkten und Events, wie den beliebten Food-Märkten, stehen wir als Stadt im Wettbewerb. Dort, wo ein einfacher Zugang realisiert werden kann, werden Veranstaltungen realisiert. Hierzu sind wir bereit, Anfangsinvestitionen und Unterstützungsleistungen zu bieten. Einer Weiterentwicklung der Wochenmärkte (bspw. angepasste Zeiten, mehr Gastronomie), um Impulse der Händler sowie der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen, stehen wir offen gegenüber.
6. Ohne eine ausreichende finanzielle Ausstattung sind wir vor Ort nicht in der Lage, die nötigen Impulse zu realisieren. Die CDU-geführte Landesregierung hat hierzu bspw. mit dem Sofortprogramm zur Stärkung der Innenstädte einen sinnvollen Beitrag geleistet. Wir fordern eine Verstetigung solcher Fördermaßnahmen sowie eine entsprechende dauerhafte Unterstützung vom Bund.
7. Tendenzen im Lebensmittelhandel, beispielsweise bei der Verkaufsflächenerweiterung oder der Schaffung kombinierter Wohn- und Einkaufskonzepte, nehmen wir wahr. Wir wollen solche Modernisierungstendenzen und damit den Handel stärken. Daher haben wir eine Weiterentwicklung des Einzelhandelskonzeptes durchgesetzt. Wir werden den Prozess weiter konstruktiv begleiten und dafür sorgen, dass Gelsenkirchen ein zukunftsfähiges Einzelhandelskonzept erhält, welches erforderliche Veränderungen ermöglicht!
8. In den vergangenen Jahren haben wir dafür gesorgt, dass die Weichen für eine zukunftsorientiert aufgestellte Wirtschaftsförderung gestellt worden sind. Immer mehr ist zu hören, dass sie als Partner der Unternehmen angesehen wird. Im Wege der Untersuchungen zur Neustrukturierung hat sich gezeigt, dass viele weitere Aufgaben durch eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung zu leisten sind, als in der Vergangenheit der Fall war. Deshalb setzen wir auf eine Wirtschaftsförderung, die unternehmensorientiert arbeitet und auch als Ansprechpartner im Verwaltungsdschungel präsent ist. Dies ist gerade auch im Hinblick auf die Innenstadtentwicklung und Weiterentwicklung der Citylagen in Gelsenkirchen bedeutsam. Den eingeleiteten Neuaufstellungsprozess werden wir weiterhin konsequent verfolgen und unterstützen, indem wir die notwendigen Ressourcen bereitstellen. Wir werden auch auf Hinweise aus der Wirtschaft eingehen und erforderliche Anpassungen, wie bspw. die Einführung eines Wirtschaftsbeirats, vornehmen!

ANTRAG A3

ANTRAGSTELLER: CDU-Kreisvorstand

1 Mehr Schutz für unsere Kinder in Gelsenkirchen

Für die CDU Gelsenkirchen haben Kindeswohl und Kinderschutz seit jeher oberste Priorität. Denn Kinder und Jugendliche stehen unter dem besonderen Schutz von Staat und Gesellschaft. Vor allem Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und den Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Daher gilt es, insbesondere sie vor jeder Art von körperlichem und/oder seelischem Zwang zu schützen. Staat und Gesellschaft sind in der Pflicht, einen wirksamen Schutzschild für Kinder aufzuspannen. Gerade die Jüngsten bedürfen eines besonderen Schutzes.

Typische Gewaltdelikte von und an Kindern und Jugendlichen sind Körperverletzungen, Bedrohungen, Beleidigungen, Nötigungen, Erpressungen aber leider auch Raub- und Sexualdelikte. Täter und Opfer dieser jugendtypischen Gewaltdelikte sind ganz überwiegend ebenfalls junge Menschen. Gewalttaten von und an jungen Menschen werden vor allem im öffentlichen Raum begangen. Darüber hinaus können aber auch Schule, Schulweg und das Internet Orte sein, an denen es zu entsprechenden Taten kommt.

Im Jahr 2022 hat es einen enormen Anstieg von Gewaltdelikten in der Kinder- und Jugendkriminalität gegeben. Körperverletzungsdelikte haben um 24 Prozent zugenommen, Raubdelikte sogar um 36,7 Prozent. Die WAZ Gelsenkirchen schreibt dazu am 06.01.2023: „Die letzten Monate in Gelsenkirchen waren geprägt von Meldungen über Kinder und Jugendliche, die andere Teenager überfallen (...), 300 Identitätsfeststellungen, 30 Gefährderansprachen, 99 Strafanzeigen, 26 Ordnungswidrigkeitenanzeigen, 176 Platzverweise. Das sind aktuelle Zahlen, die die nordrhein-westfälische Landesregierung Anfang 2023 mit Blick auf die Jugendkriminalität auflistet, die seit Herbst die Nachrichtenlage in Gelsenkirchen dominiert.“

Die deutliche Zunahme der Aggressionsdelikte bei und von Kindern und Jugendlichen ist alarmierend. Die Bereitschaft zur Gewalttätigkeit nimmt zu, die Hemmschwellen sinken ab und die Anzahl der Intensivtäter, die in immer kürzeren zeitabständen Straftaten begehen, nimmt zu. Mit der Steigerung der Gewaltbereitschaft und Gewaltintensität geht ein Wachstum der Respektlosigkeit einher.

Die Ursachen von Jugendgewalt sind vielfältig. Es gibt nicht die zentrale Ursache, auf die sich gewalttätiges Verhalten von Jugendlichen zurückführen lässt, sondern es handelt sich um ein Ursachengeflecht unterschiedlicher Faktoren. Um dieser vielschichtigen Problemlage gerecht zu werden setzt sich die CDU Gelsenkirchen für folgende Maßnahmen ein:

1. Wir fordern die Präsenz des Kommunalen Ordnungsdienstes und der Polizei vor den Schulen und auf dem Schulweg nochmals deutlich zu verstärken, damit unsere Kinder sicher und angstfrei zur Schule und wieder nach Hause kommen.
2. Wir unterstützen alle präventiven Maßnahmen von Stadt, Land und Bund, die dazu dienen, Intensivtäterkarrieren zu verhindern. Aufgrund der stetigen Zunahme der Delikte reichen diese schon lange nicht mehr aus und müssen finanziell und personell ausgebaut werden.
3. Wir fordern und forcieren zudem eine bundespolitische Debatte darüber, ob vor dem Hintergrund zunehmender Gewaltdelikte von Jugendlichen unter 14 Jahren die Strafmündigkeit abgesenkt werden soll. Es benötigt eine enge Kooperation zwischen

44 Staatsanwaltschaft, Polizei und der Stadt, um die Strafverfolgung und die Prävention
45 weiter zu verbessern. Wir brauchen auf Stadtebene vernetzte Strukturen zwischen
46 Schule, Jugendamt, Polizei und Justiz sowie den festen Willen, aktiv einzugreifen und
47 Entwicklungen entgegenzutreten.

- 48
49 4. Neben der Gewalt auf der Straße gilt es aber auch die Gewalt im Internet wirksam zu
50 bekämpfen. Wir benötigen verpflichtende Schutzkonzepte, um Kinder vor Gewalt und
51 Missbrauch im Internet zu schützen.

- 52
53 5. Mit vielfältigen und koordinierten Maßnahmen müssen wir in die betroffenen Familien
54 gezielt hineinwirken, damit kriminelle Karrieren von Jugendlichen und
55 Heranwachsenden gar nicht erst beginnen oder zumindest frühzeitig beendet werden
56 können. Dazu bedarf es einer zwingenden Mitarbeit in den Familien bzw. von den
57 Erziehungsberechtigten, bei denen wir von einer Kooperation als Gesellschaft
58 ausgehen müssen oder alternativ die Kooperation als Gesellschaft gezielt mit
59 geeigneten Maßnahmen einfordern bzw. erzwingen müssen. Entsprechende Strukturen
60 müssen zwischen Ordnungs- und Sozialbehörden geschaffen werden.

- 61
62 6. Um zu einer umfassenden und differenzierten Ursachen- und Präventionsanalyse zu
63 gelangen, gehört auch die Einbeziehung und Aufarbeitung migrationstypischer
64 Problem- und Verhaltensmuster unter Berücksichtigung kultureller Aspekte. In diesen
65 Kontext gehört auch die Beantwortung der Frage durch die Bundesregierung, wie
66 Integration schwer traumatisierter, geflüchteter Kinder und Jugendlicher in unserer
67 Gesellschaft gelingen kann und wie zukünftige Belastungen für die Kommunen gerade
68 in diesem Bereich durch eine gezielte Steuerung von Migrationsbewegungen gelingen
69 muss.